






Bettina Hagedorn

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses
Obfrau im Rechnungsprüfungsausschuss

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 73 832

 (030) 227 – 76 920

 bettina.hagedorn@bundestag.de

Pressemitteilung

Berlin, 10.07.2024

Hagedorn: „SOS für die Ostsee – „Faktencheck“ zu Munitionsaltlasten - wie geht es weiter mit den 100 Millionen Euro, die der Bund seit 2023 bewilligt hat?“

(In der Anlage finden Sie ein Foto und die Einladung zur Veranstaltung zu Ihrer freien Verfügung.)

Am 17. August 2022 begrüßte Bettina Hagedorn, SPD-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Haushaltsausschussvorsitzende im Bundestag, gemeinsam mit ihrem Haushaltsausschusskollegen Michael Thews, der für den Etat des Umweltministeriums verantwortlich ist, 150 Gäste im voll besetzten „Haffhuus“ in der Gemeinde Scharbeutz. Die fast 150 interessierten Einheimischen und Gäste, Vertreter*innen aller relevanten Verbände aus den Bereichen Tourismus, Fischerei und Naturschutz sowie alle Bürgermeister*innen der Küstenorte waren sich damals mit der SPD und unseren drei namhaften Referenten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Umweltschutz einig, dass es ohne weitere Verzögerungen jetzt 100 Millionen Euro im Bundeshaushalt bräuchte, um endlich mit der Bergung der seit fast 80 Jahren auf dem Ostseegrund verrostenden Munitionsaltlasten zu beginnen, die stetig zur nachhaltigen Gefahr für Menschen, Tiere und Ökosystem werden. An diese Veranstaltung knüpft Bettina Hagedorn jetzt – fast genau zwei Jahre später – gemeinsam mit dem Umwelthaushälter Michael Thews und denselben namhaften Experten unter dem Motto „SOS für die Ostsee – Teil II: wie geht es weiter?“ an.

Hagedorn: „**Mit der ‚Ampel‘ haben Michael Thews und ich nur vier Monate nach dieser 1. Veranstaltung in Haffkrug Wort gehalten und es geschafft, diese 100 Mio. Euro für den ‚Bau einer mobilen schwimmenden Bergungsplattform mit automatisierter Robotertechnik und Verbrennung der Munition auf See als innovative Pilotanlage‘ im Bundeshaushalt 2023 zu verankern. Seitdem hat das Bundesumweltministerium viele Berichte zu den vereinbarten Zeit- und Umsetzungsplänen verspätet oder unvollständig abgegeben und damit immer wieder für kritische Nachfragen und kontroverse Diskussionen im Haushaltsausschuss über die Projektverzögerungen gesorgt. Darum**

wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern sowie allen Interessierten am 15. Juli 2024 um 19:30 Uhr am gleichen Ort und mit denselben Experten wie im August 2022 ein ‚Up-Date‘ zum Umsetzungsstand des Projektes geben (Einladung für die Veranstaltung am 15. Juli 2024 um 19:30 Uhr im ‚Haffhuus‘ **„SOS für die Ostsee – Teil II – 100 Millionen sind im Bundeshaushalt seit 2023 für eine Bergungsplattform für die Räumung von Munitionsaltlasten in der Ostsee gesichert – wie geht es weiter?“** erneut in der Anlage!). Aber wie viel und wofür ist seitdem von diesen 100 Mio. Euro zum Schutz unserer Ostsee konkret ausgegeben und verplant worden? Zwar sollen in diesem Sommer Probebergungen in der Lübecker Bucht an vier Standorten beginnen, aber dabei soll es sich ausdrücklich um die Bergung von ‚überwiegend Patronen und Granaten‘ durch den Einsatz von marktüblicher Technik handeln, die anschließend auf dem Landweg nach Munster/Niedersachsen transportiert und dort in einer Spezialanlage der Bundeswehr verbrannt werden sollen. Der eigentliche ‚Kernauftrag‘ des Haushaltsausschusses für diese bewilligten 100 Mio. Euro – die Beauftragung der innovativen Bergungsplattform inklusive deren Einsatz – soll nach Aussage des Umweltministeriums allerdings erst ab 2026 – und damit deutlich nach der kommenden Bundestagswahl – mit der großräumigen Bergung beginnen. Dieser Zeitplan wird im Haushaltsausschuss heftig – vor allem auch wegen der fehlenden Einbindung der Abgeordneten – kritisiert und überschattet die schwierigen Beratungen für das Umweltministerium zum Bundeshaushalt 2025 in diesem Herbst.“

Insofern ist es nachvollziehbar und verspricht Brisanz, dass der **Hauptreferent Michael Thews** als zuständiger Berichterstatter im Haushaltsausschuss seinen Vortrag am 15. Juli in Haffkrug unter das Motto gestellt hat: **„Versprochen – Gehalten: 100 Millionen Euro im Bundeshaushalt seit 2023 für die Bergung von Munitionsaltlasten gesichert – meine Forderungen an das Bundesumweltministerium in Berlin!“** Aber auch die nächste **Referentin Sandra Redmann** als profilierte umweltpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion greift einen politischen „Knackpunkt“ auf, wenn sie über **„Die politische Verantwortung der Landesregierung zur Bergung von Munition“** spricht, denn Fakt ist: die langfristig milliardenschwere Bergung und Entsorgung von Munitionsaltlasten ist in unserem föderalen System eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern, wofür – unter Einbindung Schleswig-Holsteins - ein Bund-Länder Fonds im Koalitionsvertrag fest vereinbart wurde. Hagedorn: **„Bereits im April 2023 hatte das Berliner Umweltministerium ‚Gespräche mit den Landesregierungen in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern ab April/Mai 2023‘ schriftlich zugesagt, von deren konkreten finanziellen Ergebnissen und Zusagen wir aber bis heute nichts sehen können. Stattdessen bedient der Kieler Umweltminister Goldschmidt die Presselandschaft mit vollmundigen Info-Veranstaltungen und Ostsee-Ausfahrten zu den Munitionsstätten, so als ginge es bei diesem Projekt um die Früchte SEINES Engagements, während das Land Schleswig-**

Holstein in Wahrheit bislang für dieses Projekt der Bergung der Munitionsaltlasten nicht einen einzigen Cent beigetragen oder auch nur in künftigen Landeshaushalten – wie abgesprochen – für die finanzielle Beteiligung an dieser Daueraufgabe an unserer Küste vorgesehen hat. Außer schwammigen Beistandsbekundungen im Schwarz-Grünen Kieler Koalitionsvertrag gibt es keinerlei handfeste Zusagen aus Kiel. Das ist fatal!“

Am 15. Juli werden in Haffkrug auch – wie schon im August 2022 – der renommierte Toxikologe und Pharmakologe der Universität Kiel, Prof. Dr. Edmund Maser zu den Risiken der versenkten Kriegsmunition das Wort erhalten sowie Jann Wendt als CEO von north.io, der darüber berichten wird, „Wie Digitalisierung und künstliche Intelligenz zur Bergung von Munitionsaltlasten beitragen“ können. Und Dagmar Struß wird als Leiterin der NABU Landesstelle Ostseeschutz das Spannungsfeld von Politik, Wirtschaft und Naturschutz näher beleuchten.

Hagedorn: „Besonders freue ich mich, dass auch unser Kollege im Haushaltsausschuss aus Bremerhaven Uwe Schmidt als Vorsitzender der SPD-Küstengang sein Kommen für diese wichtige Veranstaltung zugesagt hat, der mit seinem hervorragenden Wissen um die maritime Wirtschaft und ihre Herausforderungen dann der 3. SPD-Haushaltsexperte an diesem Abend sein wird. Ihm ist es nicht nur ein besonderes Anliegen, dass diese innovative Bergungsplattform nun wirklich zeitnah in Auftrag gegeben wird, sondern auch, dass das Bundesumweltministerium sich intensiver als bisher mit allen Bundesstellen zum Datenaustausch von Munitionsaltlasten vernetzt, die dazu – wie z.B. das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) – schon lange hervorragende Kenntnisse besitzen. Fast 80 Jahre nach Kriegsende liegen noch ca. 1,6 Mio. Tonnen an konventionellen Waffen auf dem Meeresboden von Nord- und Ostsee. Die verrottende Munition droht hoch toxische Inhalte unkontrolliert ins Meer abzugeben – eine tickende Zeitbombe für Natur und Mensch in unserer Region. Fakt ist: Bund und die norddeutschen Länder müssen künftig besser und verantwortungsvoller als bisher zusammenarbeiten, um diese Gefahr zügig und effektiv in Angriff nehmen zu können!“

Eine Anmeldung zu der Veranstaltung in Haffkrug ist aus organisatorischen Gründen möglichst bis zum 12. Juli 2024 im Wahlkreisbüro von Bettina Hagedorn in Eutin wünschenswert (E-Mail: bettina.hagedorn.wk@bundestag.de / Tel: 04521 – 7 16 11). Allerdings sind natürlich auch nicht vorab angemeldete Gäste herzlich willkommen.